



Rudolf Ramsauer,  
Direktor

*Das Jahr 2005 hat in der Wirtschaftspolitik einiges Erfreuliches gebracht: Mit zwei bestandenen Referendumsabstimmungen konnten unsere besonders wichtigen Beziehungen zur EU à jour gebracht werden. Zu hoffen ist nun, dass auch die WTO-Runde in Hong-*

#### Zum Jahreswechsel

*Kong auf die Zielgerade einmündet. Mit der Bereinigung des Binnenmarktgesetzes wird auch ein internes Reformanliegen umgesetzt, und die neue Bildungsverfassung sollte die Zusammenarbeit von Bund und Kantonen klären und verbessern. Dank der beiden Entlassungsprogramme wurde schliesslich ein akzeptables Bundesbudget möglich. 2006 wird es nun darum gehen müssen, das eigene Haus für die Zukunft in Ordnung zu bringen. Ganz oben auf der Agenda stehen die strukturelle Korrektur des Bundeshaushaltes durch die Zügelung des Ausgabewachstums sowie die dringende Liberalisierung im Infrastrukturbereich, wo wir der EU immer mehr hinterherhinken. – Wir danken Ihnen für die Unterstützung und wünschen Ihnen herzlich frohe Feiertage und ein erfolgreiches neues Jahr.*

@ rudolf.ramsauer@economie.suisse.ch

## Für ein offensives Vorgehen an der WTO-Konferenz in Hongkong

**Im Hinblick auf die WTO-Ministerkonferenz diesen Monat in Hongkong fordert economie.suisse rasche und weit gehende Liberalisierungen in den Bereichen Dienstleistungen, Industriegüter und Handelserleichterungen.**

Nach dem Scheitern der Konferenz in Cancún (2003) sind die Erwartungen an die aktuelle Ministerrunde in Hongkong hoch. Gleichwohl stehen die Zeichen für Hongkong derzeit nicht auf Optimismus. Das gibt den Wirtschaftskreisen im In- und Ausland Anlass zu grosser Sorge. Der bisher schleppende Verlauf der Verhandlungen in der Doha-Runde im Rahmen der WTO ist

enttäuschend. Die multilateralen Welthandelsregeln hinken immer mehr den Bedürfnissen einer global tätigen Wirtschaft hinterher. Die Liberalisierungsmassnahmen der WTO halten mit der zunehmenden weltweiten Arbeitsteilung nicht Schritt.

#### Konkrete Forderungen der Wirtschaft

■ Der weitere Abbau von Zöllen fördert den Absatz von Schweizer Industriegütern im Ausland und ist somit erstrebenswert. Langfristig soll sogar ein gänzlicher Zollabbau ins Auge gefasst werden.

■ Liberalisierungen im Dienstleistungsbereich, beispielsweise bei grenzüberschreitenden Tätigkeiten, sind für die Schweizer

Volkswirtschaft (siehe auch Seite 8 dieses «newsletters») wichtig. Die Schweiz würde selbst von einseitigen Marktöffnungen profitieren.

■ Beim internationalen Handel muss das Transitverfahren am Zoll einfacher und effizienter gestaltet werden. Im Bereich der Daten und Dokumente ist eine Vereinfachung und Harmonisierung anzustreben.

#### Für Exportnation Schweiz besonders wichtig

Sollte die Konferenz scheitern, würde das multilaterale Handelssystem insgesamt geschwächt. Für ein in die Weltwirtschaft stark integriertes Land wie die Schweiz, das jeden zweiten

Fortsetzung auf Seite 2



Axel Braun (Roche), Rolf Schaumann (VR-Präsident ABB Schweiz), Rudolf Ramsauer und Gregor Kündig von economie.suisse (v.l.n.r.).

### Schwerpunktthema

economie.suisse begrüsst die geplante Reform der Mehrwertsteuer. Diese muss sich aber gleichzeitig auf die Gesetze und die Praxis konzentrieren. Seite 2 ▶

### CO<sub>2</sub>-Abgabe

Der Klimaschutz ist wichtig und nötig. Er darf aber nicht zum Anlass genommen werden, neue Steuern und Abgaben zu kreieren. Seite 4 ▶

### KMU-Porträt

Innert Sekunden die Zusammensetzung von Gasen, Flüssigkeiten oder fester Materie messen? Die Geräte der Tofwerk AG aus Thun machen es möglich. Seite 7 ▶

### Dienstleistungen

Liberalisierungen von Dienstleistungen wirken sich positiv auf das BIP aus. Eine Studie bestärkt die Forderungen von economie.suisse. Seite 8 ▶

# Nur nicht die Verbesserungen für die Praxis vergessen!

**Der Bundesrat plant eine Reform des Mehrwertsteuergesetzes. Neben Massnahmen auf Gesetzesstufe braucht es aber auch starke Verbesserungen bei der Anwendung.**

Der Bundesrat plant mit der Abschaffung der Steuerausnahmen und der Einführung eines Einheitssteuersatzes eine Radikalreform der Mehrwertsteuer (MwSt.). Eine solche Reform wird von der Wirtschaft im Grundsatz begrüsst, sie löst jedoch bei weitem nicht alle Probleme. Zahlreiche Schwierigkeiten für die Steuerpflichtigen, die weniger systembedingt als von der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) «hausgemacht» sind, werden weiter bestehen. Beispiele sind der stark überspitzte Formalismus in allen Bereichen, wo ein Nachweis erforderlich ist (Export, Vorsteuerabzug) oder das praxisfremde und anwenderfeindliche Publikationswesen. Defizite bei der Auskunft- und Rulingpraxis sowie eine häufig mehr auf Misstrauen und Strafe als auf Kooperation und Unterstützung bauende Steuerkultur sind weitere Beispiele.

## **Konsultativgremium besser nutzen**

Die Steuerverwaltung hat es in der Hand, diese Probleme zu lösen oder zu erheblichen Verbesserungen beizutragen. Sie kann dies zusammen und mit Unterstützung der Wirtschaft tun. Ein potenzielles Instrument dazu ist das so genannte MwSt.-Konsultativgremium, das als gemischtes Organ aus Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft, Steuerpraxis und Verwaltung vom Bundesrat eigens eingesetzt wurde, um Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Mehrwertsteuer zu beurteilen.

Konkret kann das Konsultativgremium geplante Verwaltungsverordnungen und Praxisfestlegungen prüfen sowie Empfehlungen abgeben. Ohne



Gesetzesreformen sind wichtig. Aber die Praxis darf nicht vergessen werden.

Beschreiten des relativ langwierigen Gesetzesweges wären auf diese Weise Lösungen und Verbesserungen im Sinne der selbstveranlagenden Steuerpflichtigen einfach auszuarbeiten und rasch umzusetzen. Voraussetzung dafür wäre allerdings die Bereitschaft der ESTV, wirtschaftsverträgliche Lösungen zu suchen, und dies in engem Verbund mit der Wirtschaft. Leider hat das Konsultativgremium die anfänglich geweckten Erwartungen bis heute nur am Rand erfüllt. Die bisherigen Resultate sind, insbesondere was den Einbezug der Wirtschaft in den Lösungsprozess anbelangt, noch ungenügend und verbesserungsbedürftig.

## **Konsequent wirtschaftsorientierte Praxis**

economiesuisse sowie die weiter vertretenen Kreise der Wirtschaft und Steuerpraxis sind bereit,

aktiv im Konsultativgremium mitzuarbeiten, um auf der praktischen, umsetzungsbezogenen Ebene nötige und mögliche Verbesserungen im Sinne der Wirtschaft und der einzelnen Unternehmen herbeizuführen. Die Anwendung der Mehrwertsteuer hat sehr viel mehr im Sinne der Steuerpflichtigen und damit der wirtschaftlichen Realitäten und konkreten Abläufe zu erfolgen. So sehr es zu begrüssen ist, dass der Chef des Eidgenössischen Finanzdepartements in diese Richtung hinarbeiten will, scheint nun doch endlich auch ein entsprechender Mentalitätswandel auf allen Stufen der Verwaltung unumgänglich. Praxisbezogene Verbesserungen sind als Massnahmen zur Vereinfachung der Mehrwertsteuer ebenso wichtig wie gesetzgeberische Reformen.

@ frank.marty@economiesuisse.ch

Franken im Ausland verdient, wären die Konsequenzen gravierend. Ein gut funktionierendes multilaterales Handelssystem mit Regeln, Rechten und Verpflichtungen schützt besonders die kleinen Handelsnationen vor Protektionismus und Diskriminierung. Ein Land wie die Schweiz kann seine aussenwirtschaftlichen Interessen in einer Organisation und einem Regelwerk wie der WTO optimal einbringen. Aus diesem Grund sind weitere Marktöffnungen im Rahmen der WTO für die Schweizer Unternehmen und ihre Arbeitsplätze von grosser Bedeutung.

## **Keine Bremserrolle**

In der Schweiz herrscht vielerorts der Eindruck, es gehe bei der Doha-Runde ausschliesslich um die Landwirtschaft. Dieser Eindruck wird bestärkt durch die defensive Haltung «Berns» im Agrardossier. Die Verhandlungsthemen zeigen allerdings, dass es in der Doha-Runde und in der WTO um sehr viel mehr geht. Die Schweizer Wirtschaft fordert deshalb den Bundesrat auf, die gewichtigen Offensivinteressen der Wirtschaft in Hongkong zu verteidigen. Die Exportnation Schweiz kann es sich nicht leisten, in den WTO-Verhandlungen eine Bremserrolle zu spielen. Dies würde den schweizerischen Interessen zuwiderlaufen und die Glaubwürdigkeit unseres Landes als konstruktiver Verhandlungspartner in Frage stellen. economiesuisse verlangt daher vom Bundesrat, sich vermehrt auf die volkswirtschaftlichen Prioritäten des Wirtschaftsstandorts Schweiz zu besinnen.

@ gregor.kuendig@economiesuisse.ch

## **Positionspapier**

economiesuisse hat seine detaillierten Stellungnahmen im Hinblick auf die aktuelle WTO-Ministerkonferenz in Hongkong soeben in einem Positionspapier veröffentlicht. Dieses ist in der Publikationsreihe «dossierpolitik» erschienen und steht als PDF-Dokument auf [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch) zur Verfügung.

# Fiskalquote der Schweiz: offizielle Halbwahrheiten

**Die OECD hat soeben die definitiven Fiskalquoten für das Jahr 2003 publiziert. Doch diese Statistik offenbart nur Teilwahrheiten. Denn die effektive Steuerbelastung der Schweiz liegt weit über dem europäischen Durchschnitt.**

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat die aktuellste Zahl der Fiskalquote publiziert – eine Massgrösse für das Ausmass der Steuerbelastung einer Volkswirtschaft. Gemäss diesen Angaben steht die Schweiz recht gut da, denn die von der OECD ausgewiesene Fiskalquote von nur 29,5 Prozent positioniert unser Land unter den günstigsten. Doch die Alltagserfahrung ist eine andere: Vielen bleibt im Portemonnaie immer weniger Geld zur freien Verfügung übrig, weil die Einkommen stagnieren und die bereits hohen Zwangsabgaben zunehmen.

## Wo sind die Zwangsabgaben?

Das Puzzle löst sich rasch auf, wenn man diese «offizielle» Fiskalquote genauer unter die Lupe nimmt: Darin berücksichtigt sind nur die Fiskaleinnahmen inklusive der staatlichen obligatorischen Sozialversicherungsbeiträge in Prozenten des Bruttoinlandsprodukts. Konkret erfasst sie

die Steuereinnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie die Sozialversicherungsbeiträge an die AHV, IV, EO und ALV. Nicht einbezogen werden hingegen obligatorische Sozialversicherungsbeiträge über privatrechtliche Institutionen. Das sind im Detail happige Budgetposten für die privaten Haushalte: Dazu gehören die obligatorischen Krankenkassenprämien, die Beiträge an die Unfallversicherung und die Familienausgleichskassen sowie die obligatorischen Beiträge an die berufliche Vorsorge. Insgesamt werden rund 56 Mrd. Franken (2003), d.h. 13 Prozent des BIP nicht in der offiziellen Fiskalquote erfasst. Werden alle diese Abgaben mit obligatorischem Charakter in die Fiskalquote einbezogen, so beträgt die Fiskalquote der Schweiz für das Jahr 2003 nicht 29,5, sondern 42,4 Prozent! Mit dieser für die Bürgerinnen und Bürger effektiv spürbaren Fiskalquote von 42,4 Prozent verliert die Schweiz an Glanz und positioniert sich gar über dem Durchschnitt der europäischen Staaten (38,9 Prozent). Dies wird von der Eidgenössischen Finanzverwaltung vornehmlich verschwiegen. Keine offizielle Statistik aus Bundesbern – sei es im Voranschlag oder in der Staatsrechnung – gibt Auskunft darüber. Warum denn?

## Parafiskalischer Sonderfall Schweiz

Für die internationale Vergleichbarkeit sind diese Definitionsunterschiede relevant, weil andere Staaten meistens ähnliche Leistungen des Sozialstaates über allgemeine Steuereinnahmen finanzieren. Während zum Beispiel die Schweiz ihr Gesundheitssystem massgeblich über obligatorische Krankenkassenprämien finanziert, wird es in vergleichbaren Ländern mit normalen Steuern finanziert. Die Schweiz finanziert somit einen erheblichen Teil ihrer Staatstätigkeit ausserhalb der Fiskalquote. Mehr als 40 Prozent der Mittel zur Finanzierung der Sozialleistungen stammen in der Schweiz aus Zwangsabgaben an privatrechtliche Einrichtungen. Auch bei der Erhebung nicht fiskalischer Einnahmen (beispielsweise Kehrrechtgebühren) belegt die Schweiz im internationalen Vergleich einen absoluten Spitzenplatz. Ein Vergleich der internationalen Steuerbelastung dürfte nur Gleiches mit Gleichem vergleichen. Die einzig offiziell ausgewiesene Fiskalquote für die Schweiz erlaubt dies nicht und ist daher, wie selbst die OECD schreibt, mit «Vorsicht zu interpretieren».

@ brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch



Andreas Schmid

## Andreas Schmid folgt auf Ueli Forster im September 2006

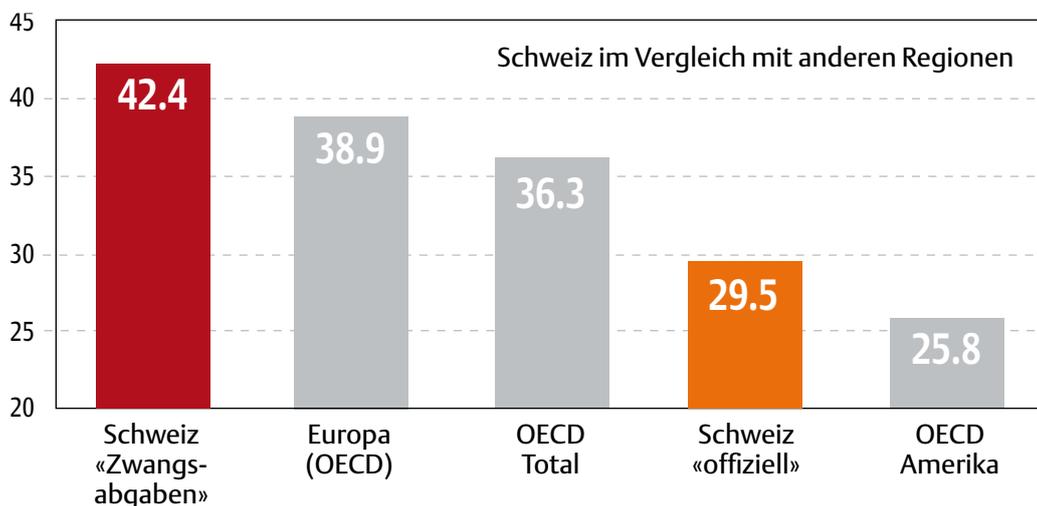
Im nächsten Jahr kommt es bei *economiesuisse* zu einem Wechsel im Präsidium: Ueli Forster wird nach dem «Tag der Wirtschaft» im September 2006 vom Präsidium von *economiesuisse* zurücktreten. Er präsidiert den Dachverband der Schweizer Wirtschaft seit Herbst 2001.

Der Rücktritt kommt nicht unerwartet: Forster hatte bereits bei seiner Wahl für eine zweite Amtszeit von drei Jahren angekündigt, dass er altershalber nicht mehr für eine ganze Amtszeit zur Verfügung stehen werde. Im vergangenen Oktober wurde Forster 66 Jahre alt.

Zu Forsters Nachfolger hat der *economiesuisse*-Vorstandsausschuss Andreas Schmid nominiert. Schmid, geboren 1957, ist Präsident des Verwaltungsrats von Kuoni Reisen Holding AG und Präsident des Verwaltungsrats der Barry Callebaut AG. Ferner präsidiert er den Verwaltungsrat der Flughafen Zürich AG und ist Vorstandsmitglied der Zürcher Handelskammer. Seit 2003 gehört er dem Vorstand von *economiesuisse* an.

Der Vorstand von *economiesuisse* wählte Schmid mittlerweile in den Vorstandsausschuss. Die Wahl zum künftigen Präsidenten mit Amtsantritt nach dem Tag der Wirtschaft soll an der nächsten Vorstandssitzung von Ende März 2006 vorgenommen werden.

## Fiskalquote 2003 (in Prozent des BIP)



Quelle: OECD, Revenue Statistics 1965–2004 und Eidg. Finanzdepartement, 2005

# Mit der CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Abwegen

Der Klimaschutz ist eine internationale Herausforderung, welche die Schweiz weder mit einer CO<sub>2</sub>-Abgabe noch mit fragwürdigen Giesskannensubventionen meistern kann.

Dank tatkräftiger Unterstützung der Wirtschaft hat der Bundesrat im März 2005 grundsätzlich dem Einsatz freiwilliger Massnahmen im Bereich des Klimaschutzes zugestimmt. Mit dem Klimarappen können bedeutende Mängel des CO<sub>2</sub>-Gesetzes behoben werden, etwa die Vermeidung von Einnahmeausfällen in der Bundeskasse oder die Finanzierung von CO<sub>2</sub>-Reduktionen gemäss dem Kyoto-Protokoll.

Der Bundesrat will jedoch eine CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen einführen. Gemäss Gesetz ist der Abgabesatz vom Parlament durch einen Bundesbeschluss zu genehmigen. Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N) hat die Beratung aufgenommen und Anfang November informiert, dass sie auf die gesetzlich vorgeschriebene CO<sub>2</sub>-Abgabe eintreten will. Ein Ablehnen der Abgabe oder eine freiwillige Lösung sind mit diesem Eintretensentscheid vorderhand ausgeschlossen.

## Keine neuen Zwecksteuern

Allerdings sind neue Varianten zur Diskussion gekommen, die eine Zweckbindung eines Teils der Abgabe vorsehen. Dadurch würden neue Zwecksteuern im Umfang von jährlich 100 bis 150 Mio. Franken eingeführt – insbesondere zur



Das Ziel ist es, das Klima ohne Subventionen zu schützen.

Finanzierung von Giesskannensubventionen im Gebäudebereich. Deren Nachteile sind hinlänglich bekannt: Einzelne Branchen werden künstlich aufgebläht, was die subventionierten Produkte und Dienstleistungen verteuert. Zudem erzeugen solche Subventionen Mitnahmeeffekte, wodurch die beabsichtigte Wirkung verpufft und den Konsumenten letztlich finanzielle Mittel entzogen und an den Staat entrichtet werden. economiesuisse lehnt deshalb diese neuen Steuern ebenso ab wie eine zu diesem Zweck erforderliche Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes.

## CO<sub>2</sub>-Abgabe sistieren

Die auch zur Genehmigung anstehende, vom Bundesrat vorgeschlagene CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen muss zum heutigen Zeitpunkt abgelehnt werden. Von den hohen Erdölnotie-

rungen gehen wichtige Preissignale an die industriellen und privaten Verbraucher aus. Wegen des weit höheren Preisniveaus für Brennstoffe ist zudem auch die vermeintliche Lenkungswirkung der Abgabe stark abgeschwächt. Aus Sicht von economiesuisse ist zu hoffen, dass die UREK-N oder spätestens in der Frühjahrsession der Nationalrat auf die bisherigen Beschlüsse zurückkommt und die wirtschaftsfeindlichen Vorlagen zurückweist. Die Schweiz bleibe dadurch nicht untätig, da mit dem Klimarappen die finanzielle Basis für eine internationale Zusammenarbeit geschaffen wurde. Der Schlüssel für zukünftige Lösungen im Klimaschutz liegt klar bei Innovationen und der Forschung und nicht bei kostspieligen Umverteilungsübungen.

@ [urs.naef@economiesuisse.ch](mailto:urs.naef@economiesuisse.ch)

## SBB Cargo: Keine weiteren Subventionen

SBB Cargo hat mit einem Kostensenkungsprogramm auf die unbefriedigende Geschäftsentwicklung reagiert. Darum will das Unternehmen das Bedienungsnetz im Wagenladungsverkehr Schweiz dort straffen, wo dessen Aufrechterhaltung wirtschaftlich nicht mehr zu rechtfertigen ist. Ab 2007 soll ein ausgeglichenes Finanzergebnis ohne zusätzliche öf-

fentliche Subventionen erzielt werden. Dass SBB Cargo im Binnenverkehr auf gewissen kurzen Distanzen rationalisieren muss, entspricht einer wirtschaftlichen Notwendigkeit. Selbst so bleiben 95 Prozent des heutigen Verkehrsvolumens erhalten. Die Schweizer Wirtschaft ist an einem effizienten und wettbewerbsfähigen Wagenladungssystem interessiert.

SBB Cargo hat einen unternehmerischen Entscheid getroffen. economiesuisse äussert sich grundsätzlich nicht zu solchen Entscheiden und geht davon aus, dass das Unternehmen ihre vertraglichen Verpflichtungen gegenüber ihren Kunden einhält. Weitere Subventionen für SBB Cargo sind abzulehnen.

@ [regina.hunziker@economiesuisse.ch](mailto:regina.hunziker@economiesuisse.ch)

## Post: ungerechtfertigte Tarifierhöhung

Der Bundesrat hat die Öffnung des Briefmarktes für Sendungen über 100 Gramm ab April 2006 beschlossen. Dieses Marktsegment ist neu der Mehrwertsteuer unterstellt. Die Post hat die Gelegenheit beim Schopf gepackt, um – im Einvernehmen mit dem neuen Preisüberwacher – eine Posttarifierhöhung für bestimmte Sendungen anzukündigen. Allerdings ist diese Tarifierhöhung der Post überhöht und nicht gerechtfertigt. Der Vorwand der neuen Mehrwertsteuerpflicht überzeugt nicht, im Grunde wäre eher eine Tarifsenkung zu erwarten.

## Konkurrenz fehlt

Die Tarifhaube geht einerseits auf die fehlende Konkurrenz auf dem Briefmarkt zurück: Trotz der Einschränkung des Monopols auf Briefe bis 100 Gramm im Jahr 2006 werden weiterhin doch über 90 Prozent der Sendungen über die Schweizerische Post gehen müssen. Die geringfügige Teilöffnung des Marktes genügt damit nicht, um das Interesse der Mitbewerber zu wecken und dabei eine Preissenkung herbeizuführen.

## Saftige Monopolrente

Andererseits verfügt die Schweizerische Post im Bereich des Universaldienstes wegen ihrer



De-facto-Monopolstellung über satte Gewinnmargen. Dank der neuerlichen Tarifierhöhung und dank der Beibehaltung des weitgehenden Monopols auf dem Briefmarkt kann die Schweizerische Post künftig ihre bereits saftige Monopolrente auf Kosten der Kundschaft nochmals steigern. Um diese negative Entwicklung einzudämmen – und um echten Wettbewerb zu fördern –, verlangt deshalb die Wirtschaft eine rasche und umfassende Öffnung des Briefmarktes und die Schaffung einer wirklich unabhängigen Regulierungsbehörde.

@ [jan.perret-gentil@economiesuisse.ch](mailto:jan.perret-gentil@economiesuisse.ch)

# Bahnhof Zürich: Lichtblicke im Klimaschutz

Die SBB bekennen sich durch ihre Teilnahme am Programm der Energie-Agentur der Wirtschaft zum nachhaltigen Klimaschutz. Das Beispiel des grössten Schweizer Bahnhofs macht dies deutlich.

Die grösste RailCity der SBB befindet sich im Hauptbahnhof Zürich. Sie umfasst 135 Läden und weitere 3200 Quadratmeter Bürofläche. Beim Bau des Betriebsgebäudes auf der Nordseite des Bahnhofs im Jahr 1995 legte die Bauherrschaft Wert auf einen hohen Baustandard. An der Bauhülle drängten sich daher bis heute keine Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz auf.

Im Inneren hingegen gibt es ein beträchtliches Optimierungspotenzial: Der Schwerpunkt liegt dabei bei der Klimatisierung und der Beleuchtung, für die es in den technischen Betriebsräumen bisher nur eine einzige Gesamtsteuerung gab. Bei Servicearbeiten war dadurch jeweils die ganze Beleuchtung eingeschaltet, obwohl nur ein



Im Zürcher Hauptbahnhof wurden die Beleuchtung und die Klimatisierung optimiert.

kleiner Teil der Räumlichkeiten benutzt wurde.

## Zoneneinteilung bei der Beleuchtung

Die bestehenden 188 Leuchten in den technischen Betriebsräumen wurden neu gruppiert und in Zonen aufgeteilt. Dabei ver-

sorgt der Bewegungsschalter jeweils nur noch rund ein Drittel jeder Zone mit Strom. Falls für Servicearbeiten mehr Licht benötigt wird, kann die restliche Zone manuell zugeschaltet werden. Die SBB änderten auch die Grundlagen ihrer Betriebsraumbeleuchtung, indem

sie energieintensive Leuchten mit einer Leistung von 42 Watt durch Lichtquellen mit 36 Watt ersetzen.

Die neue Lichtsteuerung ist nun im Hausleitsystem integriert. Diese Integration ergab die üblichen Abgleichungsprobleme, das Sicherheitskonzept musste deshalb anschliessend durch intensive Tests nachgeprüft werden. Mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 21 000 Franken sparen die SBB nun jährlich über 30 Megawattstunden ein. Die «Pay-Back»-Zeit beträgt rund dreieinhalb Jahre.

## Zusammenarbeit wird geschätzt

Peter Sommer von RailCity Zürich schätzt die Zusammenarbeit mit der Energie-Agentur der Wirtschaft – vor allem den Erfahrungsaustausch in Workshops und die dort gewonnenen Ideen und Anstösse: «Wer offen ist weiss, dass die Energieeffizienz vielerorts optimiert werden kann, auch ohne auf wichtigen Komfort zu verzichten.»

# Vereint gegen Fälschungen und Piraterie

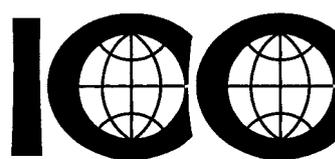
Anlässlich eines Seminars von ICC Switzerland wurde kürzlich die Schweizer Plattform gegen Fälschungen und Piraterie lanciert. Ein spezieller Internetauftritt soll betroffenen Unternehmen den Austausch von Informationen ermöglichen.

Fälschungen und Piraterie ziehen weltweit einen grossen wirtschaftlichen Schaden nach sich. Zudem schmälert Produktpiraterie den Anreiz für Investitionen in innovative Produkte. Deshalb engagiert sich ICC Switzerland in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Institut für Geistiges Eigentum (IGE) im Rahmen einer gemeinsamen Plattform mit dem Ziel, Fälschungen und Piraterie mittels Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Verstärkung der Koope-

ration und Koordination zwischen Unternehmen und der Verwaltung wirksam zu bekämpfen.

## Branchenübergreifendes Problem

Zur Lancierung dieser Plattform veranstaltete ICC Switzerland im November das Seminar «Stop Piracy». Dabei wurde unter anderem eine elektronische Drehscheibe präsentiert: Diese ermöglicht registrierten Benutzern einen branchenübergreifenden Austausch von Informationen, die im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Fälschungen und Raubkopien hilfreich sind. So können Hinweise und Erfahrungsberichte ausgetauscht oder Anlässe angekündigt werden. Die interaktive Plattform ist zudem eine Basis für ein Kontakt Netzwerk mit Angaben über Spezialis-



ten in Unternehmen oder über in- und ausländische Behörden oder Anwälte. Eine Linksammlung bietet einen Überblick über bestehende Projekte von Branchenvereinigungen.

Wie das breite Interesse am ICC-Seminar gezeigt hat, betreffen Fälschungen und Raubkopien schweizerische Unternehmen aus unterschiedlichsten Branchen, aber auch aus unterschiedlichen Gründen. Zum Beispiel verursachen Fälschungen der schweizerischen Uhrenindustrie einen Imageverlust und schädigen den Ruf von gefestigten Markennamen. Hingegen bedrohen Arzneimit-

telfälschungen vor allem die Gesundheit von Patienten und beschäftigen deshalb neben betroffenen Pharmaunternehmen auch die Arzneimittelbehörden.

## Sensibilisierung der Öffentlichkeit

Für nächstes Jahr ist eine breit abgestützte, öffentliche Sensibilisierungs-Kampagne gegen Fälschungen und Piraterie geplant. Die weite Verbreitung von Fälschungen und Raubkopien läuft langfristig auch den Interessen der Konsumenten zuwider und kann diese sogar gefährden. Dementsprechend bedarf es zuerst der Einsicht, dass Produktfälschungen Teil einer gut organisierten Wirtschaftskriminalität sind und nichts mit einem Kavaliersdelikt gemein haben.

 [urs.furrer@economiesuisse.ch](mailto:urs.furrer@economiesuisse.ch)

# Steuerwettbewerb: Luxemburg schafft Vermögenssteuer ab

**Luxemburg setzt ein deutliches Zeichen gegen die Harmonisierungsbestrebungen der Europäischen Kommission im Steuerbereich.**

Wie der luxemburgische Finanz- und Justizminister Luc Frieden angekündigt hat, plant das Grossherzogtum die Abschaffung der Vermögenssteuer auf Anlagerenditen. Das Projekt richtet sich an die Einwohner von Luxemburg und natürlich auch an alle Ausländer, die in Luxemburg Wohnsitz nehmen wollten, erklärte Frieden. Sein Ziel sei, aus Luxemburg ein Land zu machen, in dem das Sparen gefördert werde. Gegenfinanziert werden soll der Steuerausfall mit einer Quellensteuer von zehn Prozent auf Zinserträgen, wie sie für natürliche Personen mit Wohnsitz in einem anderen EU-Mitgliedstaat – mit einem Steuersatz von 15 Prozent – bereits seit Juli in Form der EU-Zinsbesteuerung in Kraft ist.

## **Attraktiv für ausländische Anleger**

Vermögenssteuer muss in Luxemburg jeder Einwohner zahlen, der auf seine Anlagen jährlich eine Rendite von mehr als 1500 Euro erzielt. Wer den Höchststeuersatz von 38 Prozent auf sein Einkommen zahlte, musste bisher zusätzlich 38 Prozent Vermögenssteuer auf seine Anlagengewinne bezahlen. Diese Vermögensgewinnsteuer soll nun abgeschafft werden. Die Massnahme soll den Privatbankenplatz Luxemburg gegenüber anderen Finanzplätzen wie der Schweiz oder dem Fürstentum Liechtenstein attraktiver machen. Die Regierung Luxemburgs unterstützt ähnlich wie diejenige Grossbritanniens die Attraktivität ihres Finanzplatzes mit Rat und Tat. So präsentierte Frieden die Vorteile des Standorts Luxem-

burg kürzlich vor Bankern und Unternehmern in Moskau sowie vor der belgo-luxemburgischen Handelskammer in Paris.

Die Abschaffung der Vermögenssteuer bei gleichzeitiger Einführung einer Quellensteuer für «Résidents» ist nicht zuletzt als Reaktion auf die am 1. Juli 2005 in Kraft getretene EU-Richtlinie zur Besteuerung grenzüberschreitender Zinszah-



Luxemburg: Keine Vermögenssteuer auf Anlagerenditen mehr?

lungen zu sehen. Letztere soll die effektive Besteuerung von Zinserträgen im Wohnsitzstaat der begünstigten natürlichen Person gewährleisten. Über ein bilaterales Abkommen mit der EU ist die Regelung der Zinsbesteuerung in diesem Bereich für die Schweiz ebenfalls verbindlich.

## **Unaufhaltbarer Wettbewerb der Steuersysteme**

Die Europäische Kommission bemüht sich schon seit längerem um die Eliminierung von «nationalen Steuerprivilegien» und hat sich dem Kampf gegen «schädlichen Steuerwettbewerb» verschrieben. Wie eine kürzlich publizierte Übersicht des europäischen Amtes für Statistik (Eurostat) über die Steuersätze für Kapital und Arbeit aufzeigt, bestehen auch innerhalb der EU-25 dennoch weiterhin grosse Unterschiede. So liegt der implizierte Satz für die Besteuerung von Kapital in Litauen bei 6,5 Prozent, in

Estland bei 10,9 Prozent und in Griechenland bei 17 Prozent. Am anderen Ende der Skala wiederum liegen Frankreich mit 35,9 Prozent, Irland mit 33,3 Prozent und Portugal mit 32,6 Prozent. Der EU-25-Durchschnitt liegt bei 25,4 Prozent. Diese Zahlen belegen, dass der Steuerwettbewerb auch in der EU trotz Harmonisierungsbestrebungen der Europäischen Kommission sehr intensiv ist und dies weiterhin so bleiben dürfte.

## **Steuerliche Freiräume nutzen**

Dieses Bild ergab sich auch im Rahmen des von economiesuisse organisierten internationalen Steuer-Symposiums Ende Oktober in Zürich, an dem insbesondere die Ausführungen von Ivan Mikloš, Vize-Premierminister und Finanzminister der Slowakischen Republik, über die radikale Vereinfachung des slowakischen Steuersystems nach dem «Flat-Tax»-Ansatz von der Reformfreudigkeit im Steuerbereich zeugten. Mikloš widersprach deutlich den Plänen von László Kovács (EU-Kommissar für Steuern und Zölle), bei der Unternehmensbesteuerung EU-weit eine harmonisierte Steuerbemessungsgrundlage zu forcieren. Damit wird deutlich, dass auch innerhalb der EU die heterogene Ausgestaltung der Steuersysteme weiterhin als Ausdruck nationaler Präferenzen gilt und der diesbezügliche Gestaltungsspielraum im Interesse der nationalen Standortattraktivität unterschiedlich genutzt wird. Vor diesem Hintergrund darf es gerade die Schweiz als nicht EU-Land nicht verpassen, ihre steuerlichen Freiräume zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ebenfalls zu nutzen.

@ brüssel@economicsuisse.ch



Florent Roduit,  
Delegierter in Brüssel

## **Ermutigende Anzeichen – aber nicht genug**

Der britische EU-Vorsitz, der am Jahresende turnusmässig wechselt, wird nach seinen greifbaren Ergebnissen gemessen werden. Bislang lassen solche Ergebnisse jedoch auf sich warten. In den europäischen Wirtschaftskreisen, die von den angelsächsischen Impulsen viel – vielleicht zu viel – erhofften, macht sich deshalb heute eine gewisse Ernüchterung breit.

Dabei scheuen die Briten keine Mühe: An der Aussenfront bemühen sie sich, das Risiko eines Misserfolgs der laufenden WTO-Ministerkonferenz in Hongkong zu verringern. Als weiterer Prüfstein wird sich für das Vereinigte Königreich die Klimakonferenz der Vereinten Nationen in Montreal erweisen. Denn die Briten haben die Reduktion der Treibhausgase ganz oben auf die nationale und europäische Prioritätenliste gesetzt. In der Europapolitik besitzt die Verabschiedung des EU-Finanzrahmens 2007–2013 allererste Priorität.

Nach unermüdeten Bemühungen hinter den Kulissen sollen die Briten jetzt im Begriff sein, einen Entwurf durchzubringen, der die Belastung für die Union verringern, aber die gemeinschaftliche Agrarpolitik nicht antasten würde. Parallel dazu hat das Europäische Parlament einen Schritt hin zu einer für die Unternehmen akzeptableren Chemikalienordnung geleistet und einen Sprung hin zur Vollendung des Binnenmarkts für Dienstleistungen getan. Vor diesem Hintergrund wird der EU-Gipfel diesen Monat mit Hochspannung erwartet.

# Fliegende Atome in Thun

**In tausendstel Sekunden die Zusammensetzung von Gasen, Flüssigkeiten oder fester Materie bestimmen – Tofwerk AG macht es mit ihrer neuen Generation der so genannten «Time-of-Flight-Massenspektrometern» (TOF) möglich.**

Der Anwendungsbereich dieser Geräte ist sehr breit. Beim Start eines Space-Shuttles der NASA lässt sich beispielsweise mit Hilfe der TOF die Treibstoffzündung kontrollieren. In der Klimaforschung wird durch sie die Feinstaubanalyse von Verschmutzungen wie Russ durch Diesel ermöglicht. Und auch die Pharmaindustrie profitiert in der Medikamentenherstellung von den schnellen Analyseräten. Das heisst: In allen Bereichen, wo schnelle und exakte Material- und Substanzanalysen wichtig sind, sind die TOF einsetzbar.

## Prototypen in USA getestet

Tofwerk AG wurde vor drei Jahren durch die Physiker Katrin Fuhrer und Marc Gonin gegründet. Beide arbeiteten unter anderem mehrere Jahre in Houston in einer kleinen High-Tech-Firma. Dort wurde das TOF mit Regierungsgeldern der NASA weiter optimiert und zudem Prototypen an einigen Applikationen getestet, unter anderem im Bereich biologischer Analysen. Gleichzeitig entstanden dort die ersten Kundenkontakte, weshalb die wichtigsten Kunden bis heute aus den USA kommen. 2002 erfolgte die Gründung von Tofwerk im Technopark der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt

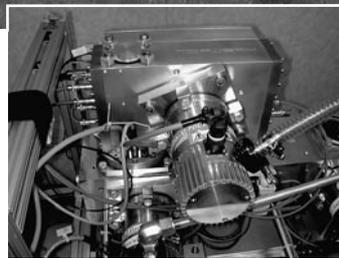


Tofwerk AG auf dem Empa-Areal in Thun.

(Empa) in Thun. Geholfen in der Bekanntmachung ihres Kleinunternehmens hat nicht zuletzt der Gewinn des W.A.-de-Vigier-Preises im Jahr 2003, dem höchstdotierten Förderpreis für Schweizer Jungunternehmen. Heute beschäftigt das Unternehmen insgesamt fünf Physiker und Techniker.

## Atome zählen und sortieren

Doch wie funktioniert ein TOF? Vereinfacht gesagt, können Massenspektrometer eine Substanzzusammensetzung ermitteln. Die Bestandteile der Substanz (etwa Atome und Moleküle) werden dabei sortiert und gezählt. «Innerhalb eines Flugzeitmassen-Spektrometers wird die zu analysierende Substanz ionisiert, und die Ionen durchlaufen nach der Beschleunigung in einem elektrischen Feld eine so genannte Flugstrecke», erläutert Gonin. Weil die Masse dieser Teilchen unterschiedlich ist, variiert auch die Flugzeit. So können die einzelnen Teilchen bestimmt werden.



«Time-of-Flight-Massenspektrometer» (TOF).



Tofwerk-Gründer Katrin Fuhrer und Marc Gonin.

100-mal schneller gemacht werden. Fuhrer weist zudem auf die wertvollen Zusatzinformationen hin, welche neben der Schnelligkeit ein grosser Vorteil der TOF sind: «Der Kunde muss nicht mehr wissen, welche Teilchen er genau sucht. Er erhält die Information über die ganze Bandbreite.» Dies ist etwa wichtig bei der Aerosol-Analyse, wo ein Kunde von Tofwerk aktiv ist. Aerosole sind Mikro- oder Nanopartikel, die überall in der Luft vorkommen. Durch die Analyse kann jeder einzelne dieser Partikel komplett untersucht werden.

## Enger Kundenkontakt

Jede Anwendung der TOF erfordert gleichzeitig Anpassungen an die Bedürfnisse der Kunden. Diese Prozesse dauern oft Monate oder sogar Jahre. Die potenziellen Kunden für die neue TOF-Generation werden deshalb von Tofwerk sorgfältig ausgewählt, bis ihnen ein Angebot unterbreitet wird. Dies hat zur Folge, dass fast sämtliche der aufwändigen Vorführungen ihrer Geräte anschliessend auch mit einem Verkauf belohnt wurden. «Obwohl die Kunden vorerst mit relativ hohen Implementierungskosten konfrontiert sind, überzeugen sie die langfristigen Zeit-, Ressourcen- und Geldeinsparungen», ist sich das Physiker-Duo einig.

## Drei wirtschaftspolitische Wünsche

■ **Hochpreisinsel:** Wegen der Abschottung verlangen viele Lieferanten in der Schweiz bis zu doppelt so hohe Preise wie im EU- oder amerikanischen Raum. Für ein KMU, das Kunden aus den USA beliefert und mit amerikanischen Firmen konkurriert, ist das sehr schwierig.

■ **Technologieförderung:** Die US-Regierung fördert sehr direkt ihre KMU bei der Entwick-

lung neuer Technologien. In der Schweiz würden entsprechende Programme ebenfalls helfen, den Schritt von der Forschung zum Markt zu überbrücken. Die Schweiz muss sich entscheiden, ob sie lieber neue Technologien oder weiterhin alte Strukturen subventionieren will.

■ **Mut:** Mehr Risikofreudigkeit und Mut zu Unternehmensgründungen in der Schweiz.



www.tofwerk.ch

# Dienstleistungen: Mehr Liberalisierungen bringen Wachstum

«Erfolgreiche Liberalisierungsstrategien können in den Dienstleistungsbranchen grosse wirtschaftliche Effekte herbeiführen», heisst es in einer vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Studie. Weshalb handelt er in der Praxis aber anders?

Der «Bericht zur Dienstleistungsliberalisierung in der Schweiz im Vergleich zur EU» wurde vom Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) Anfang Dezember veröffentlicht. Er zeigt klar: Würde die Schweiz die Dienstleistungen konsequenter liberalisieren, könnte ihr Bruttoinlandprodukt (BIP) um zwei Prozent wachsen. Aufholen muss die Schweiz vor allem in den Bereichen Elektrizitätsversorgung, Telekommuni-

kation, Postdiensten, Personen-Schiennenverkehr und den Versicherungsdienstleistungen. Die Bankdienstleistungen hingegen gelten im EU-Vergleich als vorbildlich liberalisiert.

## Kluft zwischen Theorie und Praxis

economiesuisse ist erfreut über diese Resultate, bestätigen sie doch die Politik des Verbands in Sachen Liberalisierung und Marktöffnung. Hingegen kann man sich fragen, was solche Studien für einen Zweck haben, wenn sich selbst der Auftraggeber in der Praxis nicht daran hält. Für den Bundesrat besteht somit noch ein grosser Handlungsbedarf.

@ rudolf.walser@economiesuisse.ch



Liberalisierte Dienstleistungen fördern das Wachstum des Bruttoinlandprodukts.

## Impressum

**Herausgeber:** economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen; **Verantwortliche Redaktion:** Regina Hunziker-Blum; **Adresse:** Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich, Telefon 044 421 35 35, Telefax 044 421 34 34; E-Mail: regina.hunziker@economiesuisse.ch; Web: www.economiesuisse.ch; **Adressänderungen:** marianne.baer@economiesuisse.ch; **Erscheinungsweise:** Monatlich; **Gestaltung:** Layout88 GmbH, 8008 Zürich; **Druck:** Herbstdruck AG, 8032 Zürich

## Dokumentation

- Grundsatzpapier «WTO-Ministerkonferenz Hongkong»**  
Gratis Download über [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch) (Rubrik Publikationen – Positionspapiere)
- Grundsatzpapier «Verkehrsmanagement-Massnahmen»**  
Gratis zu bestellen oder Download über [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch) (Rubrik Publikationen – Positionspapiere)
- «Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2005»**  
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Fr. 50.– + MwSt./Porto.
- «newsletter»**  
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis.
- «Wettbewerb und Dynamik in der Steuerpolitik – Internationaler Vergleich wichtiger Reformen und Rückschlüsse für die Schweiz».**  
Erhältlich in Deutsch und Französisch. Fr. 40.– + MwSt./Porto oder gratis Download über [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)
- «Universitäten in der Wissensgesellschaft. Fünf Spitzenuniversitäten im Vergleich und Lehren für die Schweiz.»**  
Fr. 20.– + MwSt./Porto oder gratis Download über [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)
- «ausgabenkonzept»**  
Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.– + MwSt./Porto oder gratis Download über [www.economiesuisse.ch](http://www.economiesuisse.ch)
- Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik**  
Perspektiven bis 2007. Gratis.
- Portrait economiesuisse**  
Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele und Organisation des Verbands. Gratis.
- Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»**  
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Fr. 40.– + MwSt./Porto.
- «dossierpolitik», Pressedienst**  
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.
- «E-Mail-Service»**  
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. E-Mail-Adresse angeben.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 044 / 421 34 34

<input type="checkbox"/> Bestellung	<input type="checkbox"/> Adressänderung	Firma
		Strasse
		PLZ/Ort
		E-Mail

## Vernehmlassungen

### 19. Dezember 2005

Verordnung über Koexistenzmassnahmen beim Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen sowie beim Umgang mit daraus gewonnenem Erntegut.

*Kontakt:* stefan.brupbacher@economiesuisse.ch

### 31. Dezember 2005

Ergänzende Massnahmen im Bereich des Strafrechts zur Umsetzung des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs

*Kontakt:* thomas.pletscher@economiesuisse.ch

Ratifikation des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter

*Kontakt:* thomas.pletscher@economiesuisse.ch

### 10. März 2006

Änderung des Mietrechts

*Kontakt:* urs.furrer@economiesuisse.ch

### 15. März 2006

Revision des Aktienrechts

*Kontakt:* thomas.pletscher@economiesuisse.ch und urs.furrer@economiesuisse.ch

@ Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse anfordern.